

25.07.90

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

EntschlieÙung zu den Schlußfolgerungen der Debatte über die Tagung des Europäischen Rates von Dublin

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 25. und 26. Juni 1990 in Dublin,
 - in Kenntnis des zweiten Zwischenberichts seines Institutionellen Ausschusses über die Regierungskonferenz sowie der übrigen Berichte dieses Ausschusses über institutionelle Fragen, die am 11. Juli 1990, angenommen wurden,
 - unter Hinweis auf seine Stellungnahmen zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion, insbesondere auf seine EntschlieÙungen vom 23. November 1989, 14. März, 16. Mai und 15. Juni 1990, in denen die wesentlichen Elemente des am 14. Februar 1984 angenommenen Vertragsentwurfs bekräftigt wurden,
1. ist der Ansicht, daß der Europäische Rat mit seiner Entscheidung über die Einberufung einer Regierungskonferenz über die Politische Union, die am 14. Dezember 1990 in Rom beginnen soll, einen bedeutsamen Schritt hin zur Verwirklichung der Europäischen Union in der vom Europäischen Parlament vorgegebenen Richtung getan hat;
 2. ist der Ansicht, daß es die Vorschläge einiger Mitgliedstaaten für eine bruchstückhafte und begrenzte Reform der Verträge nicht ermöglichen, dieses Ziel zu erreichen, und daß nur ein globaler und ehrgeiziger Ansatz zur Schaffung einer Europäischen Union mit föderativem Charakter den Herausforderungen begegnen kann, denen die Gemeinschaft gegenübersteht; äußert seine tiefe Besorgnis in bezug auf die Tendenzen, die einzig und allein auf die Verstärkung der zwischenstaatlichen Strukturen in der Gemeinschaft ausgerichtet sind;
 3. bekräftigt seine Verpflichtung, den Dialog mit der Kommission und den Mitgliedstaaten über die notwendigen institutionellen Reformen im Rahmen der vorbereitenden interinstitutionellen Konferenz fortzuführen, und weist darauf hin, daß die Stellungnahmen, die es gemäß Artikel 236 des Vertrages abgeben wird, vom Ergebnis dieses Dialogs abhängen;

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 21050 - vom 23. Juli 1990. Das Europäische Parlament hat die EntschlieÙung
in der Sitzung am 13. Juli 1990 angenommen.

4. nimmt mit Genugtuung die Bereitschaft des Europäischen Rates, einen ständigen Dialog mit dem Europäischen Parlament zu garantieren, zur Kenntnis; betont jedoch, daß diese Bereitschaft möglicherweise durch den Beschluß in Frage gestellt wird, die vorbereitenden Arbeiten der Regierungskonferenz über die Politische Union "auf die Beratungsergebnisse der Außenminister und auf Beiträge der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Kommission" zu stützen, womit die vom Europäischen Parlament ausgearbeiteten Vorschläge anscheinend ausgeklammert werden;
5. ist in diesem Zusammenhang davon überzeugt, daß es notwendig und vordringlich ist, daß sich die nationalen Regierungen verpflichten, innerhalb kürzester Frist das Verfahren und den Zeitplan für die Umwandlung der Gemeinschaft in eine Europäische Union, und zwar auf der Grundlage des vom Europäischen Parlament ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs, festzulegen;
6. fordert, daß auf der Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion Maßnahmen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts vorgeschlagen werden, durch die die strukturauflösenden Auswirkungen der WWU in einigen Regionen und Sektoren aufgefangen werden können;
7. begrüßt die Verlängerung des Mandats des Präsidenten der Kommission, bedauert jedoch, daß dieser Beschluß des Europäischen Rates ohne vorherige Konsultation des Europäischen Parlaments eine Verletzung der diesbezüglichen Vereinbarungen darstellt;
8. kündigt bereits jetzt an, daß seine Beziehungen zur künftigen Kommission, deren Mandat mit dem 1.1.1993 in Kraft tritt, davon abhängen, inwieweit es an der Ernennung der Mitglieder und an der Festlegung ihres Arbeitsprogramms beteiligt wurde;
9. begrüßt den Vorschlag, am 19. November 1990 einen Gipfel der KSZE in Paris einzuberufen, und teilt die Erwartungen hinsichtlich der Weiterentwicklung der KSZE als Faktor der Stabilität und Zusammenarbeit zwischen den europäischen Völkern und mit den USA; hält es für wesentlich, daß die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten eine Initiativ- und Führungsrolle im Rahmen der KSZE spielen und mit einer Stimme sprechen: fordert zu diesem Zweck, daß die effektive Vorbereitung im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit in enger Koordinierung mit dem Europäischen Parlament erfolgt, bis die Regierungskonferenz die Europäische Gemeinschaft mit den nötigen Vollmachten in der Außen- und Sicherheitspolitik ausstattet;
10. bedauert, daß auf dem Gipfel die Aktionslinien gegenüber der UdSSR nicht klarer festgelegt worden sind;
11. unterstützt den Beschluß, durch eine angemessene Wirtschaftshilfe die Bemühungen der UdSSR zu unterstützen, sich hin zu einem demokratischen System und einer Marktwirtschaft zu entwickeln, und fordert die Kommission auf, unverzüglich die nötigen Konsultationen mit den sowjetischen Stellen in Abstimmung mit den zuständigen internationalen Gremien aufzunehmen; fordert, daß das Europäische Parlament in diesem Bereich systematisch konsultiert wird;
12. bedauert, daß für den Gipfel der Industrieländer, der in Houston stattfinden wird, keine Position der Gemeinschaft ausgearbeitet worden ist;
13. betont die Bedeutung eines ständigen Dialogs auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit den Vereinigten Staaten und befürwortet den Gedanken einer gemeinsamen Erklärung zwischen den Zwölf, den Vereinigten Staaten und Kanada zu den transatlantischen Beziehungen;

14. unterstützt die Erklärungen des Europäischen Rates zu Südafrika, dem Nahen Osten, Zypern und der Lage in Kaschmir;
 - a) fordert die Außenminister auf, sich erneut für eine friedliche Lösung des arabisch-israelischen Konflikts im Sinne der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und den Vereinten Nationen im Rahmen eines konstruktiven Dialogs zwischen den betroffenen Parteien immer wieder beschworenen Prinzipien einzusetzen;
 - b) fordert die Außenminister außerdem dazu auf, im Rahmen der EPZ die nötigen Initiativen für eine wirksame Wiederbelebung des Dialogs zwischen den Volksgruppen zu ergreifen, damit eine Lösung in der Zypern-Frage gefunden wird;
15. bedauert das Fehlen von Erklärungen zu den Menschenrechtsverletzungen in einigen Ländern und über die Bevormundung, die die 'Republik Serbien' in Kosovo ausüben will;
16. beklagt das Fehlen von Vorschlägen für die Beilegung der Konflikte in Südostasien;
17. begrüßt die Erklärung des Europäischen Rates zur "Notwendigkeit des Schutzes der Umwelt"; fordert in diesem Zusammenhang die Kommission auf:
 - eindeutige Prioritäten der Gemeinschaftspolitik in diesem Bereich (insbesondere in den Sektoren Luft, Wasser, Bodenschutz) zu setzen;
 - die für die Umwelt bestimmten Mittel des Haushaltsplans 1991 erheblich aufzustocken;
 - einen Verordnungsvorschlag zur Gewährleistung einer angemessenen Unterstützung der sauberen Technologien vorzulegen;
 - einen geänderten Vorschlag für die Umweltverträglichkeitsstudien vorzulegen, der alle die umweltbetreffenden Projekte einschließt;ist aber der Auffassung, daß die Europäische Umweltagentur aufgrund ihrer geringen Kompetenzen kein gutes Beispiel für die Ernsthaftigkeit der gemeinschaftlichen Umweltpolitik ist;
18. begrüßt die Beschleunigung der Verwirklichung des Binnenmarktes, bedauert jedoch die Verzögerungen bei der Umsetzung der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft auf nationaler Ebene und fordert eine Verstärkung der Kontrolle sowie umgehende Entscheidungen im Bereich der indirekten Steuern;
19. fordert einen raschen Abschluß der Arbeiten, die auf ein Europa ohne Grenzen gerichtet sind und weist auf seine Stellungnahmen zum Asylrecht hin;
20. begrüßt es, daß die Bekämpfung der Drogen und des organisierten Verbrechens sowie der Geldwäsche vorrangig behandelt wird und hält den schnellen Abschluß von Kooperationsabkommen mit denjenigen Drittländern für erforderlich, die gegen die Herstellung von Drogen kämpfen;
21. begrüßt die Erklärung zu Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und fordert, daß in dieser Hinsicht wirksame Maßnahmen ergriffen werden;
22. zeigt sich besorgt über das Schweigen des Europäischen Rates zur Haushaltspolitik und zur Revision der Finanziellen Vorausschau;

544/90

23. erwartet, daß die italienische Ratspräsidentschaft die Erfüllung der Forderungen garantieren kann, die das Europäische Parlament im Namen aller Bürger der Gemeinschaft erhoben hat, insbesondere in bezug auf die Umwandlung der Gemeinschaft in eine Europäische Union mit föderativem Charakter und die Übertragung einer verfassungsgebenden Funktion an das Europäische Parlament, die Ausweitung der Zuständigkeiten der Gemeinschaft im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Sozial- und Umweltpolitik, die Verwirklichung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die beschleunigte Durchführung der Sozialcharta durch eine inhaltliche Aufwertung;
24. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Europäischen Rat, dem Rat, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie der Kommission zu übermitteln.
-

Enrico VINCI
Generalsekretär

Siegbert ALBER
Vizepräsident